

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Borussia 5481, Tel.-Adr.: Rotschneiderei Berlin, Verein. Zeitungsverlag Gmbh., Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inzerat“, Allgemeine Inzeraten-Expeditiön G. m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1 Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatlich 2,60 M., einjährig 26,40 M. in Berlin u. Orten m. eig. Poststelle. Postbezugspreis 2,60 M.; Streifenband im Ausland 4,20 M.; u. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12zeil. Millimeterzelle 35 Pf.; die 8zeil. Textmillimeterzelle 2,50 M. Arbeiterorgan u. Familienanz.: Millimeterzelle 20 Pf. Kleinere Anz.: Textwort 20 Pf., Ueberüberschrift 30 Pf., Arbeitsschrift: Wort 5 Pf.

Kürzung der Arbeitslosen-Unterstützung um 7 Wochen geplant

Severing-Polizei gegen Kriegsenthüllungen

„Thüringer Volksblatt“ beschlagnahmt! — Wegen Berichten über Kriegsproduktion für Japan in den Suhler Waffenfabriken

Erfurt, 20. Mai. (Sig. Drahtmeldung.) Wegen Veröffentlichung von Arbeiterkorrespondenzen über die Suhler Kriegsproduktion ließ heute der Erfurter Polizeipräsident die gesamte Auflage des „Thüringer Volksblattes“ beschlagnahmen. Sämtliche Matern und Platten wurden vernichtet, um einen weiteren Abdruck zu verhindern. Ein Hebersalkommando der Severingpolizei unter Führung von vier Kriminalbeamten führte diese Aktion durch.

Unser Thüringer Bruderblatt führt seit Wochen einen energischen Kampf gegen die riesigen Kriegslieferungen für die japanischen Räuber, die tagtäglich in langen Eisenbahnzügen die Waffenstadt Suhl verlassen. Jetzt will die Severingpolizei die Enthüllungskampagne der kommunistischen Presse unterdrücken, will die ständigen Warnrufe vor dem neuen imperialistischen Massenmord zum Verschwinden bringen.

Es ist außerordentlich charakteristisch, daß die Polizei eines sozialdemokratischen Ministers als erste die Enthüllungen über die Kriegsvorbereitungen zu unterdrücken versucht. Die SPD.

deklamiert seitenslang vom Völkerverfrieden, vom Kampf gegen den Krieg. Aber praktisch unterstützt sie das imperialistische Kriegsverbrechen. Im Aufruf der 2. Internationale gegen den japanischen Raubzug im Fernen Osten wurden die Arbeiter aufgefordert, Kriegstransporte zu verhindern. Aber die Polizei des SPD-Ministers Severing unterdrückt sogar die Enthüllungen über die Kriegslieferungen.

Über die Größe der Kriegsgefahr gegen das erste Land des Sozialismus gibt es nach den jüngsten Ereignissen in Japan auch bei zahlreichen SPD-Arbeitern keinen Zweifel mehr.

Wer ein neues verbrecherisches Massenmord wirklich bekämpfen will, der muß alles tun, um die Kriegslieferungen für die japanischen Räuber aufzudecken und darüber hinaus diese Kriegslieferungen unmöglich zu machen. Organisiert den Streit gegen die Kriegslieferungen!

Das ist jetzt die dringendste Aufgabe, um den drohenden Weltbrand zu verhindern!

Aus dem Inhalt:

Gorgulow wollte zu den Nazis
Internationale Antikriegskonferenz
Die Brücke zwischen Nazis und ADGB.

Das Essener Beispiel

Wie man die kämpfende Einheitsfront organisiert

Der Einheitsfrontappell der Kommunistischen Partei und der KPD hat eine starke Distussion, ein immer breiter werdendes Echo innerhalb der Arbeiterschaft hervorgezufen. Auch in den Reihen der freigewerkschaftlich organisierten und sozialdemokratischen Arbeiter nicht die Erkenntnis, daß der außerparlamentarische, gemeinsame Kampf in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Wohngebieten die einzige Garantie für die deutsche Arbeiterklasse ist, zu einem karken Gegensatz gegen Faschismus und Kapitalistokratie zu kommen.

Die ersten Schritte des einheitlichen Kampfes sind daher als anfeuernde Beispiele von großer Bedeutung. In Essen wurde von unten her ein gutes Beispiel der wirklich kämpfenden Einheitsfront geschaffen und dabei einige wichtige Ergebnisse erzielt. Unserem Essener Parteiblatt, dem „Ruh- und Echo“, entnehmen wir die nachfolgende Schilderung:

Die Essener Stadtverwaltung verkündete am 30. April den Essener Wohlfahrts-, Pflicht- und Notstandsarbeitern die Schließung sämtlicher Baustellen und eine Kürzung der Wohlfahrtsunterstützungssätze. Der Zentrumswohlfahrtsdezernent Fischer kündigte weiterhin die Zwangsarbeitsschlichtungspflicht in gerarnter Form an. Unter den Hungernden entstand sofort eine gewaltige Empörung, die es galt, sofort in eine aktiv kämpferische Bahn zu leiten und Schritt für Schritt zur Entfaltung großer Massenaktionen zu steigern. Sofort durchgeführte Belegschaftsversammlungen auf einigen Baustellen, die Wahl von Baubeauftragten und Kampfausschüssen auf Initiative der Kommunisten und des KPD, hatten bereits zur Folge, daß schon am 2. Mai eine Anzahl von Baustellen geschlossen zum Wohlfahrtsamt marschierten, gegen die Schließung der Baustellen protestierten und die Wiedereröffnung der Arbeitstätten verlangte.

Von der ersten Stunde der Bewegung an wurde an den meisten Stellen, wenn auch noch mit vielen Mühen verbunden, eine enge Verbindung der Baustellenarbeiter mit den Wohlfahrtsempfängern und den Erwerbslosen geschaffen. Schon am 2. Mai demonstrierten 500 Baustellenarbeiter und Wohlfahrtsempfänger vor dem Essen-Weser Wohlfahrtsamt.

Die Kampfausschüsse der Wohlfahrts-, Pflicht- und Notstandsarbeiter waren Einheitsfrontorgane und bestanden im Durchschnitt nur zu 40 Prozent aus Kommunisten. In Einzelbelegschaftsversammlungen wurden zwei große Belegschaftsversammlungen im Essener Nordpark vorbereitet; die Baubeauftragten und die Kampfausschüßmitglieder wurden in Einzelberatungen zusammengebracht und mit ihnen und aus ihrer Mitte heraus wurden die Forderungen der Kämpfenden ausgearbeitet.

In der großen Belegschaftsversammlung der Wohlfahrts- und Pflichtarbeiter und Erwerbslosen wurde die Wahl des zentralen Kampfausschusses auf der Grundlage der Einheitsfront durchgeführt. Mehr als 90 Kameraden wurden in den Kampfausschuß gewählt. Unter ihnen nationalsozialistische, sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter.

Aus der Massenversammlung heraus wurden sowohl von den Arbeitern selbst, als auch von den Delegierten sowie den Kampfausschüßmitgliedern die gemeinsamen zentralen Kampfparadokse formuliert. Selbstverständlich — und das ist von großer Wichtigkeit — wurde von den Hungernden nicht verlangt, das kommunistische Parteiprogramm zu unterschreiben, sondern es galt, für konkrete Minimalforderungen eine breite

Kriegsverbrecherische Lügen am Pranger

Zur Kriegsvorbereitung gehört die öffentliche Bruanenerzählung, die Kriegslüge. Gestern verbreitete die Telegraphenunion die Lügenmeldung aus Warschau (!), daß in Kiew es zu Streiks von Arbeitern, zu blutigen Zusammenstößen zwischen Militär und Streikenden und zur Ermordung von Arbeitern gekommen sei. Dieser gemeine antisowjetische Schwindel wird in letzter Schrift natürlich von „Ullstein“, „Tempo“ abgedruckt — von jenem Blatt, dem keine antisowjetische Schurkerei zu plump ist, um sie nicht zu veröffentlichen.

Vor zwei Tagen brachten bürgerliche und sozialdemokratische Zeitungen Lügenmeldungen über eine kriegerische Rede des sowjetischen Generalfeldmarschalls und Einberufung von vier Jahrgängen militärdienstpflichtiger Männer in der Sowjetunion. Das Dementi der Sowjetregierung lautet:

Die TASS ist beauftragt mitzuteilen, daß die von der Zeitung „New York Times“ vom 19. Mai veröffentlichte Mitteilung über die Einberufung von vier Jahrgängen militärdienstpflichtiger für den Manöverdienst absolut unzutreffend ist und als eine antisowjetische provokatorische Erfindung betrachtet werden muß. Ferner hat die Telegraphenagentur „Transocean“ eine Rede gebracht, die der Generalfeldmarschall der Roten Armee anlässlich der Ermordung Zulfais gehalten haben soll. Die TASS ist beauftragt mitzuteilen, daß weder ein Generalfeldmarschall noch sonst irgendwer eine ähnlich lautende Rede gehalten hat und daß die Mitteilung der „Transocean“ von A bis Z erfunden ist.

Die einzige deutsche Zeitung, die diese antisowjetischen Lügen in größter Aufmachung an der Spitze brachte, ist — der „Vorwärts“. Und das ist kein Zufall! Die Kriegsgefahr ist ja drohend geworden, daß selbst Sozialdemokraten sie nicht mehr, wie noch vor wenigen Monaten, zu leugnen wagen. Jetzt übernehmen sie eine andere Rolle in der Kriegsvorbereitung: Sie versuchen die immer wieder bewiesene Friedensliebe der Sowjetunion zu diskreditieren. Ihre Dienste für den französischen Imperialismus bestehen darin, die Sowjetunion der Kriegsvorbereitung zu bezichtigen. Der gestrige „Abend“ brachte nicht einmal obiges offizielle Dementi seiner Lügenberichte!

7 Wochen Kürzung der Unterstützungsdauer

Ungeheuerliche Abbau- und Massensteuerpläne — Für die Forderungen der KPD!

Gestern hat die Brüningregierung die Beratungen über die neue Notverordnung abgeschlossen. Die Notverordnung, die Anfang der nächsten Woche veröffentlicht werden soll, wird nur noch in Einzelheiten ausgearbeitet. Nach den Berichten bürgerlicher Blätter wird diese Notverordnung folgende ungeheuerliche Bestimmungen enthalten:

1. Die Unterstützungsdauer für Erwerbslose wird von 20 auf 13 Wochen verkürzt.
2. Die Bürgersteuer, die am 1. Juni eigentlich abgelassen war, wird bis zum 1. April 1933 verlängert.
3. Die Kräftesteuer wird bis zum 31. Dezember 1932 verlängert.
4. Es wird eine neue Beschäftigungssteuer für sämtliche beschäftigten Personen eingeführt, die 1/2 Prozent des Einkommens betragen soll. Das bedeutet einen neuen allgemeinen Lohn- und Gehaltsabbau, der 300 Millionen Mark einbringen soll.

Der „Vorwärts“ belügt die Erwerbslosen, indem er jammernd immer wieder betont, daß die SPD für die neue Notverordnung „keine Verantwortung“ trage. Kein Arbeiter wird dieses Gestammel der SPD ernst nehmen. Denn jeder weiß, daß erst vor 14 Tagen die SPD der Notverordnungsgesetzgebung ihr Vertrauen ausgesprochen hat.

Die ADGB-Führer, die sich mit den Notverordnungsplänen Brüningseiner Verbunden erklärt haben

und zwei Tage lang über ihre Unterredung mit dem Notverordnungsminister schwiegen, haben gestern im „Vorwärts“ eine verlogene Erklärung veröffentlicht. Sie suchen alles abzuleugnen, aber ihre praktische Haltung beweist, daß sie in der Tat mit der Abbauverordnung einverstanden sind.

Jetzt ist es höchste Zeit, die Stempelstellen und Betriebe gegen die geplante Notverordnung zu mobilisieren. Organisiert überall Protestaktionen gegen die Abbaupläne, sammelt die Massen im einheitlichen Kampf für die Forderungen für die Erwerbslosen, die von der kommunistischen Reichstagsfraktion gemeinsam mit dem Reichserwerbslosenausschuß aufgestellt wurden:

- Arbeitsbeschaffung!
 - Verbot von Pflicht- und Zwangsarbeit!
 - Unentgeltliche Speisung für alle Erwerbslosen!
 - 300 Millionen für kommunale Wohlfahrtspflege als Sonderleistung!
 - Schärfste Besteuerung der Reichen, Streichung aller Ausgaben für Militär, Polizei und ehemalige Fürsten, zur Beschaffung der notwendigen Mittel!
- Das sind die Forderungen, für die jeder Erwerbslose kämpfen wird. Macht jede Stempelstelle zum Kampfsitz der roten Einheitsfront zum Kampf für die Durchsetzung dieser Forderungen!